



Die Tesla-Aktionäre haben einem Vergütungsplan für Elon Musk zugestimmt, der dem reichsten Mann der Welt Aktien im Wert von fast einer Billion US-Dollar zuspricht – sofern er ambitionierte Unternehmensziele erreicht. Dazu zählen unter anderem eine massive Steigerung der Börsenbewertung des Unternehmens sowie der Verkauf von einer Million humanoider Roboter.

Der Plan ist so strukturiert, dass auch die Investoren profitieren, sollte Musk finanziell erfolgreich sein. Kritiker, darunter Vertreter öffentlicher Pensionsfonds in New York und Kalifornien, sprachen sich jedoch vehement gegen das Vergütungspaket aus. Sie warnten davor, dass dadurch zu viel Reichtum und unternehmerische Macht in die Hände einer einzigen Person gelegt würden.

Musks mögliche Billionenvergütung steht in starkem Kontrast zum Wahlerfolg von Zohran Mamdani, einem erklärten Vertreter einer „Tax-the-Rich“-Politik, der in New York City zum Bürgermeister gewählt wurde – ein Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit vieler Amerikaner mit einem Wirtschaftssystem, das es ihnen zunehmend erschwert, Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Wohnraum und Kinderbetreuung zu finanzieren. „Wenn die Wähler in New York bereits das Gefühl haben, dass die Milliardärsklasse ihr Leben unbezahlbar macht – wartet nur, bis die Demokraten gegen eine Billionärsklasse antreten müssen“, sagte ein Funktionär der Demokratischen Partei.

Warum droht Trump mit Militäreinsatz in Nigeria?

Mit scharfen Worten hat Donald Trump Anfang November 2025 auf religiös motivierte Gewalt in Nigeria reagiert. Auf seiner Plattform Truth Social erklärte der US-Präsident, Christen im westafrikanischen Land seien einem „existentiellen Risiko“ ausgesetzt – und kündigte eine mögliche militärische Intervention an, sollte Nigerias Regierung nicht umgehend handeln. Zugleich wurde Nigeria von den USA auf die Liste der besonders besorgniserregenden Länder in Fragen der Religionsfreiheit gesetzt.

Tatsächlich ist die Lage komplex: Nigeria ist religiös gespalten, ethnisch vielfältig und von Unsicherheit geprägt. Christliche Gemeinschaften – vor allem im Norden – sind immer wieder Opfer von Übergriffen, doch Experten warnen vor einer Verkürzung der Ursachen auf Religion



Aktionäre genehmigen Musks Vergütungspaket im Wert von einer Billion Dollar

allein. Gewalt resultiert ebenso aus Armut, Landkonflikten, schwacher Infrastruktur und der Präsenz bewaffneter Gruppen.

Trumps Drohung steht auch im Kontext der US-Innenpolitik. Besonders unter evangelikalen Wählern besitzt das Thema Christenverfolgung hohe Symbolkraft. Gleichzeitig signalisiert diese Rhetorik ein außenpolitisches Umdenken: weg von entwicklungspolitischer Kooperation, hin zu machtpolitischem Druck, gar Interventionismus.

Nigeria reagiert mit deutlicher Kritik – man sehe die eigene Souveränität bedroht. Auch international sorgt Trumps Vorstoß für Irritationen: Eine unilaterale Militäraktion ohne UN-Mandat würde völkerrechtlich heikle Fragen aufwerfen.

Ob Trump diese Drohung tatsächlich umsetzt, ist offen. Doch bereits jetzt markiert sie einen neuen Ton in den US-Beziehungen zu Afrika – mit weitreichenden geopolitischen Implikationen.

WEITERE NACHRICHTEN



- Diplomaten und Staatschefs haben die jährliche **UN-Klimakonferenz in Belém**, Brasilien, eröffnet – einer Stadt am Rand des Amazonas-Regenwaldes.
- Die paramilitärische Organisation R.S.F. im **Sudan** hat einem von den USA vorgelegten Vorschlag für eine Waffenruhe zugestimmt. Hintergrund ist der zunehmende internationale Druck wegen Gräueltaten, die den R.S.F.-Truppen vorgeworfen werden.
- **Kasachstan** hat angekündigt, sich wahrscheinlich den Abraham-Abkommen anzuschließen, die eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und mehreren mehrheitlich muslimischen Staaten zum Ziel haben.
- **Russland** steht kurz davor, die strategisch wichtige ukrainische Stadt Pokrowsk einzunehmen – das wäre der bislang größte militärische Erfolg seit 2023.
- **OpenAI** bemüht sich, Sorgen über seine finanzielle Lage zu zerstreuen, nachdem ein ranghoher Manager angedeutet hatte, die US-Regierung könnte als Rückversicherung für milliardenschwere Investitionen in Rechenzentren einspringen.
- **Internationale Flüge** dürften von der Entscheidung der Trump-Regierung, Flüge an 40 US-Flughäfen wegen des Regierungsstillstands einzuschränken, nicht direkt betroffen sein. Dennoch sind auch dort Störungen im Reiseverkehr möglich.
- Laut **israelischen Behörden** sitzen Dutzende Hamas-Kämpfer im Gazastreifen in Gebieten fest, die unter israelischer Kontrolle stehen – viele von ihnen verbergen sich in weitläufigen Tunnelsystemen.

Autor: P. Tiko